



2024-2029

***KV Kaiserslautern
Kommunalwahlprogramm***



Impressum

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Kreisverband Kaiserslautern

Vertretungsberechtigter Vorstand

Silke Kunz

Pariser Str. 8

67655 Kaiserslautern

T 0631 31090225

M mail@gruene-kl.de

Präambel

Liebe Wählerinnen und Wähler, liebe Freundinnen und Freunde, gerade jetzt ist es wichtig, mit den Mitteln der Demokratie die Demokratie zu stärken. Am 9. Juni dürfen wir alle unsere Stimme abgeben, in der Stadt, im Kreis und für Europa. Wir GRÜNEN im Kreisverband Kaiserslautern sind ein Team aus kompetenten und motivierten Menschen. Im vorliegenden Programm zur Kommunalwahl in der Stadt und im Kreis Kaiserslautern zeigen wir auf, welche Aspekte des gesellschaftlichen Lebens wir für Sie bearbeiten wollen. Wir setzen uns für eine demokratische, ökologische, soziale und gerechte Politik ein. Wir legen Wert darauf, Experten zu hören und geben Bürger:innen die Möglichkeit, sich bei Veränderungen und an Lösungen zu beteiligen. Die Zukunft bietet uns viele Chancen: Lebenswerte und attraktive Kommunen gehören für uns dazu. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Ihre Interessen in der Gemeinde, im Kreis und in der Stadt berücksichtigt werden. Dazu braucht es starke grüne Fraktionen, die in Ihrem Sinne immer nach guten Lösungen für die Zukunft suchen.

Erstmals in Rheinland-Pfalz dürfen auch Jugendliche ab 16 an der Wahl des Europaparlaments teilnehmen. Wir wollen, wie bereits in anderen Bundesländern, auch für Rheinland-Pfalz das kommunale Wahlrecht ab 16 für die kommende Kommunalwahl 2029 durchsetzen.

Bitte nehmen Sie ihr Wahlrecht wahr und geben Sie uns als demokratischer Partei Ihre Stimme: Für die Demokratie, für unsere Zukunft und die unserer Kinder.

Danke

Herzlichen Dank an alle, die bei der Erstellung des vorliegenden Kommunalwahlprogramms mitgewirkt haben!

Verabschiedet von der Mitgliederversammlung Bündnis 90/Die Grünen, Kreisverband Kaiserslautern am 29. April 2024

Inhaltsverzeichnis

1.	Vom Glück, in der Pfalz zu leben	3
1.1	Kaiserslautern: lebendig und attraktiv	3
1.2	Wohnen in der Stadt	4
1.3	Die Gestaltung des öffentlichen Raums	4
1.4	Mitreden und Mitbestimmen	5
1.5	Politik mit und für Jugendliche	5
1.6	Die inklusive Gesellschaft ist eine Bereicherung	5
1.7	Sport- und Freizeitmöglichkeiten	6
1.8	Neue Wege gehen – Zukunft gestalten	7
2.	Naturschutz und Tierschutz	7
2.1	Stadtgrün	7
2.2	Zukunft des Waldes der Stadt Kaiserslautern	8
2.3	Natur schützen und entwickeln	9
2.4	Tierschutz	10
3.	Unser Umgang mit der Umwelt	11
3.1	Umweltgifte kontrollieren und reduzieren	11
3.2	Lärmbelastung verringern	11
3.3	Lichtverschmutzung	12
3.4	Müll vermeiden und verwerten	12
3.5	Schutz vor Starkregen: Die Schwammstadt	13
4.	Kulturelle Vielfalt für die Stadt und den Kreis	14
5.	Gesundheit und Soziales	15
5.1	Gemeinsam für eine gesunde Zukunft	15
5.2	Inklusive Gesellschaft	16
5.3	Armut und soziale Gerechtigkeit	17
5.4	Kindertagesstätten, die allen gerecht werden	17
5.5	Wohnen	18
6.	Finanzen und Haushalt	18

7.	Wirtschaft in Stadt und Landkreis	19
7.1	Nachhaltig erfolgreich wirtschaften	19
7.2	Gewerbeflächen auf Konversionsflächen ausweisen	20
7.3	Energie und Elektrizität	20
7.4	Wärme	21
7.5	Pfaff-Gelände gemäß Rahmenplan entwickeln	21
8.	Verkehrswende – so kann es gehen	22
8.1	Stadtbusverkehr	22
8.2	Regionalbusverkehr	23
8.3	Ausbau des regionalen Eisenbahnverkehrs	23
8.4	Kaiserslautern zur Fahrradstadt machen	24
8.5	Fußgänger	24
9.	Bildung als Grundlage fürs Leben	25
9.1	Schulstandorte	25
9.2	Digitalisierung der Schulen	26
9.3	Integration und Sprache	26
9.4	Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen	27
10.	Kaiserslautern: Stadt der Wissenschaft	27
11.	Digitalisierung	28
11.1	Digitale Verwaltung	28
11.2	IT-Sicherheit und Datenschutz	29
11.3	Digitale Teilhabe	29
11.4	Zusammenarbeit mit anderen Kommunen	29
11.5	Open Data	30

1. Vom Glück, in der Pfalz zu leben

Die Weiterentwicklung von Stadt und Landkreis

Kaiserslautern und der Landkreis sind Schätze, wie man sie in Deutschland selten findet. Kultur und Sport, Wissenschaft und Wirtschaft auf hohem Niveau, dazu kurze Wege in der Stadt und die wunderbare Landschaft des Kreises bieten Ressourcen, die für uns und kommende Generationen von unschätzbarem Wert sind. Wir haben Arbeitsplätze in allen Branchen und für alle Qualifikationen.

Die Hochschulen und die Berufsbildenden Schulen eröffnen allen Generationen die Möglichkeit, in ihrer Heimat zu bleiben – oder hier heimisch zu werden. Die Herausforderungen des demografischen Wandels nehmen wir an und suchen Lösungsmöglichkeiten. Dazu gehört, dass wir uns für eine inklusive, vielfältige Gesellschaft einsetzen. Durch grüne Politik tragen wir entscheidend zur weiteren Steigerung der Lebensqualität in Stadt und Land bei.

1.1 Kaiserslautern: lebendig und attraktiv

Die Stadt Kaiserslautern ist als Oberzentrum ein Aushängeschild für die gesamte Region. Das bunte Zusammenspiel von Geschäften, Wohnen, Gastronomie und Kultur belebt die Innenstadt. Von der Stadt der kurzen Wege profitieren alle Generationen. Die Mall und der Onlinekonsum stellen jedoch die Innenstadtentwicklung vor große Herausforderungen. Wir GRÜNE werden darauf achten, dass die Stadt auf die Einhaltung der Vereinbarungen des städtebaulichen Vertrages pocht. Uns ist wichtig, dass der Durchgang von der Fackelstraße in die Mühlstraße 24 Stunden am Tag geöffnet bleibt.

Das in den letzten Jahren recht erfolgreiche Innenstadtmanagement wollen wir fortsetzen. Hierzu gibt es immer wieder Fördermöglichkeiten, die wir in Zusammenarbeit mit der Verwaltung ausschöpfen wollen. Es gilt Leerstand in innerstädtischen Geschäftsgebäuden zu reduzieren. Die Stadt sollte daher Nutzungsänderungen aufgeschlossen gegenüberstehen. Wir machen uns dafür stark, ein Leerstandskataster anzulegen. Wir unterstützen die vorbildliche Aktionsgemeinschaft zur Belebung der Innenstadt im Unionsviertel und ermutigen andere Quartiere, diese Idee aufzugreifen.

Die Nahversorgung sollte in allen Stadtvierteln und Stadtteilen gewährleistet sein. Wir begrüßen Dorfladenkonzepte, die zusätzlich zur Nahversorgung auch Dienstleistungen anbieten. Wir GRÜNE stehen voll und ganz hinter dem städtischen Einzelhandelskonzept. Der Einzelhandel in der Innenstadt kann aber nur attraktiver werden, wenn sich Menschen gerne in der Innenstadt aufhalten. Dazu müssen wir den KFZ-Verkehr reduzieren und mehr Lebens- und Erholungsräume schaffen. So stärken wir den Einzelhandel und die beliebten inhabergeführten Fachgeschäfte und treten dem großflächigen Einzelhandel in den Außenbezirken entgegen. Eine belebte Innenstadt ist attraktiv für alle, sie fördert die Identifikation und Attraktivität der gesamten Region.

1.2 Wohnen in der Stadt

Kaiserslautern bietet beste Voraussetzungen, um ruhig und gleichzeitig zentral zu wohnen. Wir begrüßen den Trend, dass das Wohnen in der Innenstadt wieder stärker nachgefragt wird. Dafür sollte die Stadt mit den Handlungsmöglichkeiten des Baugesetzbuches schlecht genutzte Flächen in der Innenstadt für die Wohnnutzung entwickeln. Wir gehen davon aus, dass der Bedarf an Wohnraum durch intelligente Nachverdichtung gedeckt werden kann. Konkret setzen wir uns hier auf mehr Höhe mit Gründach anstatt weiterer Versiegelung. Einer Nutzungsänderung von ungenutzten Flächen und Gebäuden stehen wir positiv gegenüber. Die Stadtteilbüros in der Innenstadt West, im Grübentälchen und auf dem Fischerrück sehen wir als gute Möglichkeit, Nachbarschaften zu stärken. Die Stadt sollte Förderprogramme nutzen, um derartige Angebote in weiteren Stadtgebieten zu ermöglichen.

In Zeiten des Klimawandels mit extremen Temperaturen und Dürreperioden wollen wir eine Stadt, in der die Menschen auch in Hitzeperioden gut leben können. Wir fordern und begleiten die Umsetzung moderner Stadtentwicklungskonzepte auf dem Pfaffgelände, auf dem Betzenberg und dem ehemaligen Scharygelände. Auch die Fläche Logenstraße/Conradstraße gilt es endlich zu entwickeln.

1.3 Die Gestaltung des öffentlichen Raums

Wir setzen uns für eine hohe städtebauliche Qualität des öffentlichen Raums ein. Neubauten müssen sich in die bestehende Struktur einfügen. Orte, an denen man sich gerne aufhält, entstehen nicht, wenn die umgebende Bebauung durch hässliche Neubauten gestört wird. Daher wollen wir den Einfluss des Gestaltungsbeirats stärken. Für Neubauten wollen wir ein Wettbewerbswesen einrichten und dies schon für die neuen Feuer- und Rettungswachen verwirklichen. Die Zusammenarbeit mit den hochkarätigen Fakultäten der RPTU und der Hochschule wollen wir verbessern. Architektur, Stadtentwicklung oder Stadtsoziologie sind nur einige der Disziplinen, deren Kenntnisse für die Transformation in eine zukunftsfähige Stadt stärker genutzt werden sollten.

Bei Leerstand oder Unternutzung von städtischen Flächen begrüßen wir kreative Zwischennutzungen z.B. durch Kunstinitiativen.

Initiativen von Geschäften, Einrichtungen und Gastronomie, ihre sanitären Anlagen zur öffentlichen Nutzung freizugeben, möchten wir zusammenführen und leichter auffindbar machen. Aufkleber, wie die der 'Notinsel'-Initiative oder des Seniorenbeirats, können als Vorbilder dienen. Mit uns werden die Bedürfnisse von älteren Menschen und Familien im öffentlichen Raum stärker berücksichtigt. Sitz- und Spielmöglichkeiten, ebenso wie Trinkbrunnen, gehören in die Innenstadt und bringen höhere Lebensqualität an Plätzen und Grünflächen. Hohe Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums ist uns ein zentrales Anliegen.

1.4 Mitreden und Mitbestimmen

Wir GRÜNE setzen uns für erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten bei kommunalen Projekten ein. Von Räten und Verwaltungen sind bürgerorientierte Entscheidungen eher zu erwarten, wenn die Ideen der Einwohner:innen einbezogen werden. Auf Antrag der GRÜNEN wurden in der Stadt Kaiserslautern Leitlinien für eine erweiterte Bürgerbeteiligung erarbeitet. In den kommenden Jahren müssen sie so umgesetzt werden, dass eine 'Beteiligungskultur' entsteht, die sich durch Transparenz und Verbindlichkeit auszeichnet.

Bauvorhaben wollen wir stärker an den Interessen der Betroffenen orientieren. Daher begrüßen wir auch Bürgerinitiativen, die Planungen in ihrem Wohnviertel kritisch und konstruktiv begleiten. Bestehende Beteiligungsmöglichkeiten in den Beiräten (Senioren- und Inklusionsbeirat, Jugendparlament) werden wir noch besser bekannt machen und Interessierten den Zugang erleichtern. Wir begrüßen die digitalen Beteiligungsmöglichkeiten auf 'KLMitWirkung'. Herkömmliche Beteiligungsmöglichkeiten wie Versammlungen und Work-Shops müssen aber weiterhin angeboten werden.

Wir streben die Einführung von Ortsbeiräten in der Kaiserslauterer Kernstadt an. Wir setzen uns dafür ein, dass auch in den Gemeinden des Kreises erweiterte Beteiligungsmöglichkeiten geschaffen werden. Wir GRÜNE laden alle Einwohner:innen ein, sich an der Weiterentwicklung unserer Gemeinden zu beteiligen!

1.5 Politik mit und für Jugendliche

Wir setzen uns für eine stärkere Mitbestimmung von Jugendlichen ein. In der Stadt Kaiserslautern werden wir dazu beitragen, das bestehende Jugendparlament stärker sichtbar zu machen. Vereine sind für Jugendliche ein wichtiger Baustein für ihre persönliche und soziale Entwicklung. Wir werden daher in besonderem Maße die Arbeit der Vereine fördern. Zu den Angeboten für Jugendliche gehören auch die bereits etablierten Streetworker. Ihre Arbeit gilt es dauerhaft zu sichern und das Angebot weiter auszubauen.

Wir wollen nicht-kommerzielle Aufenthaltsmöglichkeiten für Jugendliche schaffen, die ganzjährig genutzt werden können. Die Bedürfnisse von Jugendlichen nach Internetnutzung werden von uns durch Freifunk unterstützt. Kostenlose Skateparks, eine Graffiti Hall of Fame, öffentliche Sportmöglichkeiten und Bolzplätze sind für uns GRÜNE wichtige Elemente einer jugendorientierten Stadtentwicklung. Wir fordern die Stadt und die Gemeinden auf, die Mobilität von Jugendlichen mitzudenken: Daher unterstützen wir ein Modellprojekt zu Gruppen-Call-on-Demand Nachtschwärmertaxis und die weitere Bereitstellung der VRN-Bikes und E-Roller.

1.6 Die inklusive Gesellschaft ist eine Bereicherung

Uns GRÜNEN ist bewusst, dass auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft mehr nötig ist, als nur Barrieren abzubauen. Deshalb betrachten wir auch Fragen des Arbeitsmarkts, der Wohnungspolitik, Bildungspolitik, Kulturpolitik oder der Gesundheitsversorgung aus einem inklusiven Blickwinkel. Wir legen besonderen Wert darauf, dass das Motto der Behindertenrechtskonvention

der Vereinten Nationen – 'nichts über uns ohne uns' – mit Leben gefüllt wird. Menschen mit Behinderungen müssen grundsätzlich an politischen Entscheidungen, die sie betreffen, als Expert:innen in eigener Sache beteiligt sein. In diesem Sinne freuen wir uns darüber, dass sich der städtische Inklusionsbeirat etabliert hat und setzen uns dafür ein, diesen noch besser an städtischen Entscheidungen zu beteiligen. Ebenfalls ist es uns wichtig, dass der unter breiter Beteiligung erarbeitete 'Aktionsplan Inklusion für die Stadt Kaiserslautern' als zentrales Steuerungsinstrument auf dem Weg in eine inklusive Gesellschaft angenommen und dass dessen Umsetzung mit hoher Priorität angegangen wird.

Fast ein Fünftel der Einwohnerinnen und Einwohner in Kaiserslautern haben einen Migrationshintergrund. Kaiserslautern soll ein sicherer Hafen für Menschen sein, die vor Krieg, Verfolgung, Elend, Armut oder den Folgen der Klimakrise fliehen mussten. Alle Menschen, die in Kaiserslautern ankommen, sollen sich unabhängig von ihrer Herkunft ein selbstbestimmtes Leben in unserer weltoffenen, demokratischen und solidarischen Stadt aufbauen können. Unsere Vision ist eine Stadt, die ihrer Vielfalt gerecht wird, in der alle Menschen das eigene Leben frei gestalten können, sicher und ohne Angst vor Ausgrenzung und Gewalt. Erst wenn wir diskriminierende Strukturen aufbrechen, haben Hass und Spaltung keine Chance. Menschen, die von Rassismus und Ausgrenzung betroffen sind, müssen sichtbar werden und mehr zu Wort kommen – in der Politik genauso wie in allen anderen Lebensbereichen.

1.7 Sport- und Freizeitmöglichkeiten

Bei den Freizeitangeboten hat für uns GRÜNE der Weiterbetrieb der Bäder in Stadt und Landkreis Kaiserslautern höchste Priorität. Die hohen Besucher:innenzahlen von Waschmühle und Warmfreibad unterstreichen unsere Forderung, diese zu erhalten und zu pflegen. Auch die Bäder der Orts- und Verbandsgemeinden spielen eine sehr wichtige Rolle im Sozialleben. Sie leisten einen Beitrag zu Sport und Gesundheit und helfen mit, dass alle Kinder schwimmen lernen.

Die Sportvereine bieten ein unverzichtbares Angebot für Gesundheit, Freizeit, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Leistungssport. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten sollen die Stadt und die Kommunen im Landkreis sie weiterhin unterstützen und Trainingsmöglichkeiten zur Verfügung stellen. Gerade die Wirkung der Sportvereine auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt wird oft unterschätzt.

Deswegen haben wir in der letzten Ratsperiode entscheidend darauf hingewirkt, dass die Mittel der Bürgerhospitalstiftung zukünftig auch für Gesundheit und für Sport genutzt werden können. Dieses Angebot kommunizieren wir nun stark in die Vereine und Verbände, um das meist ehrenamtliche Engagement besser zu unterstützen und auf eine bessere finanzielle Basis zu stellen. Künftig ist es notwendig, die Bürgerhospitalstiftung noch besser aufzustellen, um in diesem für die Stadtgesellschaft elementaren Bereich die notwendigen Mittel zu generieren.

1.8 Neue Wege gehen – Zukunft gestalten

Werden wir wirklich glücklicher, wenn wir alle denkbaren Annehmlichkeiten auf Knopfdruck geliefert bekommen? Oder bedeutet Menschsein etwas anderes? Wir GRÜNE wollen hierüber einen neuen gesellschaftlichen Diskurs anstoßen. Es ist uns bewusst, dass nicht nur durch den Klimawandel und die daher notwendige Energiewende viele Veränderungen auf die Stadt und den Landkreis zukommen. Wir stellen uns diesen Herausforderungen und wollen sie gestalten. Wir sind überzeugt, dass dies gut gelingen kann und unsere Region alle Voraussetzungen für eine glückliche und lebenswerte Zukunft bietet. Durch kreative Ideen eines jeden Einzelnen kann viel bewegt und können kluge Lösungen gefunden werden.

Hierfür benötigen wir Menschen in den Stadtteilen und Ortsgemeinden, die uns helfen, ein nachhaltiges Miteinander zu organisieren: Tauschboxen, Stadtteilwerkstätten, Nutzung regionaler Nahrungsangebote, urbane Gärten, 'Foodsharing', Tauschbörsen von Dienstleistungen, Fahrradmärkte, Repair-Cafés, Bürgerbusse und vieles andere mehr. An vielen Stellen in Stadt und Kreis gibt es bereits vielfältige und vielversprechende Initiativen. Wir GRÜNE wollen sie unterstützen und verbreiten. Mit Engagement und Gemeinsinn lässt sich Erstaunliches erreichen!

2. Naturschutz und Tierschutz

Politik hat die Aufgabe, unsere Lebensbedingungen so zu gestalten, dass wir und unsere Nachkommen sicher, frei und auskömmlich bei Erhaltung unserer natürlichen Lebensbedingungen leben können. Für gerechte und Ressourcen-verträgliche Politik übernehmen wir GRÜNE in besonderer Weise Verantwortung. Grüne Umweltpolitik machen wir vor Ort, sowohl in der Stadt wie auch im Kreis Kaiserslautern.

2.1 Stadtgrün

Stadtnahe Spaziergänge haben einen hohen Stellenwert bei der Freizeitgestaltung. Unser direktes Wohnumfeld hat einen hohen Einfluss auf unsere Lebensqualität. Für unsere Gesundheit sind wir auf saubere Luft und Ruhe angewiesen.

Für Tiere und Pflanzen bietet die Stadt verschiedene Lebensräume, die wir der Natur erhalten möchten. Städte und ihre Randbereiche bieten häufig eine größere Artenvielfalt als ausgeräumte Landschaften oder Agrar-Monokulturen. Flächen unterliegen bei uns einer hohen Nutzungskonkurrenz zwischen Bebauung, Verkehrsflächen, Aufenthaltsraum, Stadtnatur, Naherholung und nicht zuletzt Raum für Biodiversität.

Bei der Entwicklung von Städten und Gemeinden setzen wir GRÜNE auf Innenentwicklung statt auf weitere Ausdehnung in die Außenbereiche, auf Nachverdichtung und Flächenumnutzung statt Inanspruchnahme von zuvor unversiegelten Flächen.

Die mit der Klimakrise einhergehenden Extremwetter-Ereignisse wie Hitzephasen, Dürre und Starkregen zeigen, dass nur mit Entsiegelung und mehr Grün – auch auf oder an Gebäuden – ein lebenswertes Wohnumfeld erhalten werden kann. In den Bebauungsplänen haben wir GRÜNE

die Doppelte Innenentwicklung zum Standard entwickeln können, also mehr Gebäude auf der gleichen Baufläche und Nachverdichtung durch Bauen in zweiter Reihe oder in Baulücken. Zur Umsetzung haben wir darüber hinaus eine Grünflächen-Gestaltungssatzung erreichen können, die deutschlandweit vorbildlich ist: Danach dürfen für zukünftige Bauvorhaben keine biodiversitätsarmen Schottergärten mehr angelegt werden und es gibt Vorgaben zu mehr standortgerechtem Grün auf dem Grundstück sowie zu Dach- und Fassadenbegrünung.

Ein überarbeitetes Grünflächen- und Grünflächenpflege-Konzept für Kaiserslautern ist notwendig, um das Stadtklima und die Wohnqualität zu verbessern sowie die Biodiversität zu fördern. Die Kaltluftschneisen sollen von zusätzlicher Bebauung freigehalten werden, um der teilweise starken Luftverschmutzung in der Innenstadt entgegenzuwirken und die Frischluftzufuhr zu gewährleisten. Das wichtige Kaltluft-Bildungsgebiet am Sonnenberg/Burggraben darf nicht zugebaut werden. Die Gartenbesitzer innerhalb der Kaltluftschneise sollten über die herausragende Bedeutung ihrer Gärten für das gesamte Stadtklima informiert werden. Wir brauchen die frische Luft aus dem Grünen!

Die Entsiegelung von Flächen ist eine Option zur Schaffung von mehr Lebensqualität. Die Bau AG hat bereits einige Innenhöfe entsiegelt und sehr schön gestaltet. Begrünte Fassaden und Dächer leisten einen Beitrag für das Mikroklima, die Biodiversität und die Regenwasser-Rückhaltung. Die Stadt sollte Privatteile dabei unterstützen und bei öffentlichen Gebäuden mit gutem Beispiel vorangehen. Uns GRÜNEN im Stadtrat ist es gelungen, ein Infoblatt des BUND zum Thema Stadtbegrünung als Beilage zu den Baugenehmigungen zu etablieren. Das ist ein Anfang, um das Bewusstsein aller zu schärfen und Anregungen zu geben.

Straßenbäume sind zu erhalten und bei Lücken nachzupflanzen. Fällungen dürfen nur das letzte Mittel der Wahl sein. Bei Pflanzungen von Bäumen, Sträuchern und Stauden sollte auf standortgerechte, heimische Arten zurückgegriffen werden, die den Artenreichtum fördern. Baumschutzmaßnahmen müssen in Baugenehmigungsverfahren vertraglich verankert und ihre Umsetzung kontrolliert und durchgesetzt werden. Dafür muss auch die Baumschutzsatzung der Stadt überarbeitet und um einen Bußgeldkatalog ergänzt werden. Wichtig ist, dass wegen ihres unverzichtbaren Beitrags zum Stadtklima auch Bäume in Privat- und Kleingärten zukünftig geschützt werden. Deshalb haben wir bereits einen Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur Modernisierung der Baumschutzsatzung in Kaiserslautern auf den Weg gebracht. Für die baldige Umsetzung setzen wir uns ein.

2.2 Zukunft des Waldes der Stadt Kaiserslautern

GRÜNER Politik ist es in intensiver Zusammenarbeit mit den Partnern gelungen, den Forst bei der Einrichtung des neuen Forsteinrichtungswerkes für den Stadtwald von einer angepassten Form des Lübecker Modells zur Waldbewirtschaftung zu überzeugen. Konkret bedeutet das u.a.:

- Erhöhung des Holzanteils pro ha von rund 300 auf 600 Festmeter durch einen deutlich höheren Anteil alter Bäume
- Ausweisung von Referenzflächen zur Beobachtung der natürlichen Entwicklung am Standort

- Ausrichtung der Nutzung an der Entwicklung dieser Referenzflächen
- Verstärkte Nutzung von an den Klimawandel angepassten Arten
- Einsatz von Vollerntern nur in begründeten Fällen und möglichst schonend
- Bodenschutz bei der Ernte
- Verzicht auf Kahlschläge
- Transparente Umsetzung der bereits beschlossenen Nährstoff-Nachhaltigkeitsrichtlinie
- Einhalten der Naturland Kriterien (schärfer als FSC)

Das Forsteinrichtungswerk geht jetzt in die entscheidende Phase und soll noch 2024 beschlossen werden. Nur mit starken GRÜNEN haben die ökologisch ambitionierten Ziele eine Chance. Mit dem dadurch zunehmenden Anteil älterer Bäume und verbessertem Humusaufbau kann mehr Kohlenstoff gebunden werden und der Beitrag für den Klimaschutz wächst. Kaiserslautern hat als einzige Kommune im Biosphärenreservat Pfälzerwald auf unsere Initiative hin eine Kernzone auf der Fläche des Stadtwaldes ausgewiesen. In Kernzonen unterbleibt jegliche Nutzung, es wird wieder ein ‚Urwaldzustand‘ angestrebt. Ein ökologisch wertvoller Bereich, der Hohlweg westlich des Humberts, konnte ebenfalls in ein Schutzprogramm überführt werden.

Der Waldumbau kann durch zu hohen Wildbestand gefährdet werden. Daher werden wir uns dafür einsetzen, Verbisschäden auf den Grund zu gehen und durch nachhaltige Bejagung für einen naturverträglichen Tierbestand zu sorgen. Für die Kranzeichen, einen Kulturwald für die Schweinemast aus dem Mittelalter mit einem besonders hohen Anteil an bis zu 300 Jahre alten Eichen, wurde ein transparentes Verfahren etabliert, so dass deutlich weniger Bäume eingeschlagen wurden. Unser Ziel in der nächsten Ratsperiode ist es, die neuen Prozesse und durchgeführten Veränderungen zu überwachen und unseren wertvollen Wald auf den Klimawandel vorzubereiten.

2.3 Natur schützen und entwickeln

Ein großer Teil unseres Landkreises liegt im Naturpark und Biosphärenreservat Pfälzerwald. Diesem haben wir auch unser hervorragendes Trinkwasser zu verdanken: Der Buntsandstein dient als natürlicher Filter bei der Grundwasserneubildung. Viele Brunnen und Quellen der Stadt und des Landkreises Kaiserslautern liegen im Wald. Unser einzigartiger Naturraum muss geschützt werden, und wir befürworten die Ausweitung der Kernzonen, in denen menschliche Aktivitäten stark reduziert werden.

Die Pflege- und Entwicklungszonen des Biosphärenreservats Pfälzerwald können und sollen verstärkt für sanften Tourismus genutzt werden. Wir setzen uns dafür ein, die Tourismus-Initiative des Landes Rheinland-Pfalz auch auf den Pfälzerwald zu beziehen. Der Pfälzerwald um Kaiserslautern und im Landkreis hat das Potential, eine Marke zu werden wie der Schwarzwald oder die Weinstraße. Kooperationen der beteiligten Landkreise und Städte zur Schaffung eines gemeinsamen Angebots, wie zum Beispiel der Pfalz-Card, werden wir weiter vorantreiben.

Natur entwickeln heißt auch, begradigte Fluss- und Bachabschnitte zu renaturieren. Dies unterstützt die Artenvielfalt, hilft Starkregenereignisse abzufedern und bietet ein ausgezeichnetes Ziel für Ausgleichsmaßnahmen. Weiterhin möchten wir prüfen, inwiefern die Moore „Landstuhler“

Bruch“ und am Gelterswoog reaktiviert werden können. Moore bieten einen einzigartigen Lebensraum, zum Beispiel für seltene Pflanzen und Tiere. Durch die lange Entstehungszeit von Mooren wird dort viel Kohlenstoff gespeichert. Daher ist der Schutz von Mooren, beispielsweise durch Wiedervernässung ehemaliger Mooregebiete, ein wichtiger Beitrag zum Klimaschutz.

2.4 Tierschutz

Tierschutz ist ein im Grundgesetz verankertes Staatsziel, für dessen Umsetzung Bund, Länder und Kommunen verantwortlich sind. Daher müssen auch die Kommunen ihren Teil zur Verbesserung des Tierschutzes beitragen. Für die Förderung des Tierschutzes im Gesamten bedarf es umfassender Konzepte, Initiativen und Vorschläge. Dafür fordern wir eine:n ehrenamtliche:n kommunale:n Tierschutzbeauftragte:n, die/der als unabhängige Ansprechperson für die Verwaltung sowie für Bürger:innen und auch für Tierschutzvereine zur Verfügung steht.

Um die Tierheime zu entlasten, setzen wir uns für steuerliche Erleichterungen ein: Die Reduzierung der Hundesteuer für Tiere aus dem Tierheim soll dazu beitragen, dass sich mehr Menschen für ein solches Tier entscheiden. Dies wäre gleichzeitig eine Maßnahme gegen den Kauf von Tieren aus dubioser und teilweise illegaler Tierzucht. Wir setzen uns für eine Kennzeichnungs- und Kastrationspflicht im Rahmen einer Katzenschutzverordnung ein, um die unkontrollierte Vermehrung und das damit einhergehende Leid für freilebende Katzen zu verringern und die Kosten der Tierheime, Tierschutzvereine usw. für die Aufnahme, Versorgung und Behandlung zu reduzieren.

Wir setzen uns für die Einrichtung eines kommunalen Tierschutz-Notfallfonds ein. Daraus könnten z.B. Tierarztkosten bezahlt werden, wenn Mitbürgerinnen und Mitbürger in prekären Lebenssituationen nicht mehr für die tiermedizinische Versorgung ihrer Tiere aufkommen können. Dieser Fonds entlastet die sehr überfüllten Tierheime, da Tiere nicht mehr im Tierheim landen, wenn z.B. die Tierarztrechnung nicht bezahlt werden kann.

Wir GRÜNE setzen uns für die Schaffung von Lösungen bei wildlebenden Tierarten ein, die vom Tierheim nicht aufgenommen, aufgepäppelt und wieder ausgewildert werden können, beispielsweise für verletzt aufgefundene Sing-, Eulen- oder Greifvögel. Hier sind auch gemeinsame Lösungen mit umliegenden Landkreisen vorstellbar. Wir setzen uns für die Aufnahme von Tierschutzaspekten in die Pachtverträge mit Zirkusunternehmen und Schaustellern und für eine verstärkte Kontrolle der Betriebe ein. Zudem wollen wir uns gegen den Betrieb des Ponyreitens auf der Lautrer Kerwe einsetzen.

Die Fortschreibung des erfolgreichen Lautrer Stadttauben-Konzeptes ist uns ein wichtiges Anliegen. Wo immer Probleme mit Stadttauben bestehen, soll durch Aufklärungsarbeit, konkrete Beratung im Einzelfall und durch die Errichtung weiterer Taubentürme das Problem an der Ursache behoben werden. Mit präventiven Ansätzen wollen wir den Problemen mit Ratten, Mäusen, Tauben und Krähen begegnen. Dazu gehören beispielsweise die Taubentürme oder die Erprobung des Ausbringens von Ködern mit Verhütungsmitteln für Ratten oder Mäuse. Dadurch kann Tierleid vermieden oder reduziert werden.

Wir GRÜNE setzen uns für eine verstärkte Kontrolle von Angelweihern in Bezug auf die tierschutzkonforme Ausgestaltung des Angelns, der Anlieferung der Tiere und die Lebensbedingungen der Fische ein. Immer noch werden Tierprodukte viel zu häufig unter ungenügenden Bedingungen für das Tierwohl und die Umwelt erzeugt.

Viele Menschen möchten sich mit weniger oder ganz ohne Fleisch ernähren. Wir fordern deshalb eine vegetarische oder vegane Option in allen öffentlichen Kantinen und an Schulen, um diesen Wünschen entgegenzukommen. Eine Reduzierung der Fleischproduktion ist auch ein unverzichtbarer Baustein, um die notwendigen Ziele beim Klimaschutz zu erreichen.

Wir fordern, die Bedürfnisse von Tieren bei der Städteplanung mit zu berücksichtigen. Tiere im Stadtgebiet sollten Zugang zu Wasser und Trinkgelegenheiten haben. Dies kann u.a. durch den Erhalt und den Ausbau von Brunnen und vergleichbaren Wasserstellen sichergestellt werden. Die Begrünung der Innenstadt und die tierfreundliche Gestaltung von Gärten und Freiflächen, z.B. durch naturnahe Begrünung, das Anlegen von Bienenweiden etc., gehören zum Bereich der tierfreundlichen Stadtentwicklung, den wir vorantreiben wollen.

3. Unser Umgang mit der Umwelt

Unsere Natur um Kaiserslautern ist ein schützenswertes Gut. Die UNESCO verlieh dem Naturpark Pfälzerwald im Jahre 1992 die Anerkennung als Biosphärenreservat. Seit 2020 gilt die neue Landesverordnung über das Biosphärenreservat, die die Naturpark-Verordnung abgelöst hat. In ausgewiesenen Kernzonen darf sich die Natur ohne menschliche Eingriffe entwickeln – und bewusst verwildern. Wir GRÜNE wollen die Ökosystemleistungen der Natur schützen und die gesund erhaltenden Aspekte unseres Lebensraums besonders im Fokus behalten.

3.1 Umweltgifte kontrollieren und reduzieren

Wir GRÜNE haben einen Blick auf die Entwicklung der Feinstaub- und Stickstoffdioxid-Belastungen in unserer Stadt. Um diese Belastungen in der ganzen Stadt besser zu erfassen, machen wir uns für eine weitere Messstation stark. Große Sorge bereitet uns die zunehmende Berieselung mit Kerosin. Hierzu haben auf Initiative der GRÜNEN sowohl der Stadtrat als auch der Kreistag Resolutionen gefasst. Darin fordern wir die Bundes- und die Landesregierung zu einem transparenteren und verantwortungsvolleren Umgang mit dem Kerosinablass auf. Dieser muss auf ein rein sicherheitsbedingtes Maß reduziert werden und ist aus ökologischen Gründen über dem Pfälzerwald genauso inakzeptabel wie über Großstädten. Entsprechende Resolutionen haben wir in der vergangenen Ratsperiode in Kreis- und Stadtrat eingebracht.

3.2 Lärmbelastung verringern

Lärm macht krank. Die Stadtspitze sollte sich intensiv dafür einsetzen, dass der Fluglärm der Airbase Ramstein und der Flugrouten über der Stadt abnimmt, insbesondere nachts. Auch der Betrieb des Bahnhofs, der angeschlossenen Gewerbebetriebe und der Bahn muss leiser werden. Der innenstadtnahe Bahnlärm ist besonders nachts eine Belastung für unsere Mitbürger:innen.

Die Lärmschutzeinrichtungen entlang der erneuerten A6 sind zu evaluieren und gegebenenfalls nachzubessern.

Durch die grünen Verkehrskonzepte für unsere Stadt wird der Straßenlärm reduziert. Auf Antrag der GRÜNEN hin wurden einige Straßen im Stadtgebiet zu Tempo-30-Zonen umgewidmet. Innerorts setzen wir uns in Wohngebieten flächendeckend für Tempo 30 ein. Leider macht uns dies die Bundesgesetzgebung noch schwer. Wir haben deshalb in der aktuellen Ratsperiode erwirkt, dass Kaiserslautern als erste Stadt in Rheinland-Pfalz dem Bündnis "Lebenswerte Städte" beigetreten ist, das bundesweite Lobbyarbeit für mehr kommunale Selbstbestimmung bei der Einrichtung von 30er-Zonen betreibt.

Kreis und Stadt leiden unter einer dreifachen Belastung durch Fluglärm. Zu der Belastung durch die An- und Abflüge auf die bzw. von der Air Base Ramstein, dem größten US-Militärflughafen außerhalb der Vereinigten Staaten, kommen die Belastungen durch Lärm von Kampfjets, die im Luftraum der Temporary Restricted Airspace Lauter (TRA Lauter) üben und durch die Anflüge auf die POLYGONE, einem System für Luftabwehrübungen. Hier kommt es neben den Kampffjetübungen immer wieder auch zu sehr lauten Tiefflügen von Hubschraubern. Wir sagen klar: Die Dreifachbelastung muss weg. Es muss kontinuierlich an Lärmvermeidung gearbeitet werden.

3.3 Lichtverschmutzung

Ein Großteil der heimischen Falterarten und Vögel leidet in unseren Städten an zu viel Lichtabstrahlung. Falter z.B. werden durch das Licht angelockt und sind im Licht leichte Beute oder sterben an Erschöpfung beim Umkreisen der Quelle. Fledermäuse und andere nachtaktive Tiere werden nachts durch Licht gestört. In ökologisch sensiblen Gebieten wie Stadtparks und Siedlungsrandgebieten gilt es deshalb, die Anzahl der Lichtquellen zu reduzieren und zielgenau Licht auf den Boden zu projizieren. Außerdem sollte möglichst wenig Ultraviolett- und Blaulicht verwendet werden. Lichtstrahlung nach oben sollte möglichst vermieden und Beleuchtung auf das Notwendige beschränkt werden. Das hat neben einer deutlich geringeren Belastung für die Natur den positiven Effekt, dass auch Fenster von Wohnhäusern weniger angestrahlt werden.

Um dieser Tatsache in Kaiserslautern Rechnung zu tragen, haben wir im Stadtrat eine Beleuchtungsrichtlinie erarbeitet. In allen Bebauungsplänen und damit in allen Neubaugebieten kommt unsere Beleuchtungsrichtlinie zur Anwendung, genauso bei den zahlreichen Nachrüstungen auf LED. Letztere haben wir ebenfalls in der letzten Ratsperiode stark forcieren können. Jetzt geht es darum, die Umsetzung weiter zu unterstützen.

3.4 Müll vermeiden und verwerten

Die Entsorgung des Mülls stellt unsere Gesellschaft vor immer größere und teurere Probleme. Rohstoffe aus dem Müll werden künftig in einer Kreislaufwirtschaft wichtiger, sowohl bei knapper werdenden Ressourcen als auch zur Reduzierung von finanziellen oder ökologischen Belastungen durch ihre Gewinnung, Nutzung und Entsorgung.

Deshalb muss es Ziel sein, Müll zu vermeiden. Hier gilt das Prinzip: Reduzieren, Wiederverwenden und Recyceln vor dem Wegwerfen. Zu unterstützende Beispiele sind Unverpacktläden, Second Hand-Läden und Sharing-Modelle.

Wir wollen den Verpackungsmüll endlich wirksam bekämpfen. Wir haben uns in einem öffentlichen Workshop genau über das in Tübingen erfolgreich eingeführte Instrument der Verpackungssteuer informiert. Sie sorgt dort für ein saubereres Stadtbild, indem Einwegverpackungen für Nahrungsmittel, die zum direkten Verzehr bestimmt sind, besteuert werden. Gleichzeitig muss ein Förderprogramm zur Einführung von Mehrweggeschirrsystemen angeboten werden. Wir sind überzeugt, dass der erfolgreiche und praktikable Ansatz von Tübingen auf Kaiserslautern übertragbar ist. Deshalb wollen wir eine breite Informationskampagne starten, um für eine vergleichbare Verpackungssteuer in Kaiserslautern zu werben.

Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen wirtschaftliche Anreize bekommen, Müll zu vermeiden. Dafür sollen die Müllgebühren angepasst werden. Auch großen Familien muss es ermöglicht werden, kleine Mülltonnen zu bestellen. Es muss möglich sein, dass sich gut funktionierende Nachbarschaften eine Mülltonne teilen. Es ist durch aus machbar, durch Pfandsysteme, das Duale System, Glas-, Papier- und Metallrecycling sowie Nutzung von Direktvermarktung und qualitätsvollen Konsum nahezu keinen Restmüll zu produzieren. Solches Verhalten wollen wir unterstützen.

Ausgehend auch von Kaiserslautern wollen wir eine bundesweite Initiative starten, die zum Ziel hat, die Verantwortung für das Müllrecycling vom Dualen System zurück an die Kommunen zu holen: Die Recyclingquote des Dualen Systems liegt bei wenigen Prozent, die Unternehmensstrukturen und der Verbleib des Mülls sind undurchsichtig. Unter kommunaler Aufsicht wird die Entsorgung transparent und die Recyclingquote höher.

Es fällt auf, dass viele Elektro-Altgeräte auf dem Müll landen, die einfach zu reparieren wären. Die GRÜNEN in Kaiserslautern wollen einen Weg finden, wie diese Geräte einer Wiederverwendung zugeführt oder repariert werden können. Das Tauschregal an der Daennerstraße und die regelmäßig stattfinden den Repair-Cafés sind ein guter Anfang. Diese Angebote wollen wir in der kommenden Legislaturperiode mehr in das Bewusstsein der Menschen bringen. Für nicht reparierbare Elektro-Altgeräte schlagen wir eine niedrige Schwelle für Recycling vor, die durch die Aufstellung von kommunalen Containern zur Sammlung von Elektrokleingeräten zusätzlich zu den bestehenden Möglichkeiten erweitert wird.

3.5 Schutz vor Starkregen: Die Schwammstadt

Das Konzept der „Schwammliedenschaft“ oder „Schwammstadt“ (Sponge City) sieht vor, dass nahezu der komplette Niederschlag aufgefangen, gespeichert und wieder genutzt wird. Der Abfluss in die Abwasserkanäle wird durch Rückhaltung auf Grundstücken und begrünten Dächern, in Sammelbecken, multifunktionalen Flutungsräumen oder in unterirdischen Kavernen reduziert. Dadurch werden schnell ansteigende Wasserstände an den Fließgewässern vermieden und die Infrastruktur vor vermeidbaren Schäden durch Überflutung bei Starkregen geschützt. Die Ver-

dunstung in der Stadt verbessert das Mikroklima und kann so Hitzeperioden in der Stadt abmildern. Zurück gehaltenes Wasser kann zur Bewässerung von privatem und öffentlichem Grün genutzt werden.

Das Klimaanpassungskonzept der Stadt Kaiserslautern nimmt dies auf und zeigt in Zusammenarbeit mit der Stadtentwässerung Kaiserslautern Wege auf, um Starkregen zu binden, zu nutzen, versickern oder verdunsten zu lassen. Wir möchten diesen Prozess konstruktiv unterstützen, denn Starkregenereignisse wie in den Monaten Mai und Juni 2018 sind in Zukunft häufiger zu erwarten. Das Schwamm-Prinzip kann sowohl auf städtischer Ebene als auch für jede einzelne Liegenschaft angewendet werden. Durch die dezentrale Regenwasserbewirtschaftung und den Rückhalt des Wassers auf den Liegenschaften wird der Abfluss im öffentlichen Kanal reduziert, was zum Überflutungsschutz der ganzen Stadt beiträgt.

In dieser Ratsperiode haben wir erreicht, dass die innovativste Grünflächen-Gestaltungssatzung Deutschlands bei Neubauten mit flachen Dächern eine Begrünung vorschreibt. Meist ermöglichen die Bebauungspläne auch flache Dachneigungen, um die Anlage von Gründächern zu vereinfachen. Als nächstes streben wir eine Gründachpflicht bei Dachsanierungen städtischer Gebäude an. Hinzu kommen weitere positive Effekte wie sinkende Niederschlagswassergebühren, die Einsparung von Trinkwasser und eine Kühlung im Sommer.

4. Kulturelle Vielfalt für die Stadt und den Kreis

Kaiserslautern ist kulturelles Oberzentrum für die gesamte Region. Die Stadt hat eine bunte und vielfältige Kulturszene, die wir erhalten und weiterentwickeln wollen. Auf Antrag der GRÜNEN hat der Stadtrat im vergangenen Jahr beschlossen, eine Kulturentwicklungsplanung auf den Weg zu bringen. Der Prozess, der vom Referat Kultur koordiniert wird, ist bereits in vollem Gange. Wir werden ihn mitgestalten, um für noch mehr Nachhaltigkeit, Integration und Diversität auch in der Kulturarbeit zu sorgen.

Zu einer lebendigen Kulturstadt für alle gehört neben Pfalztheater, Fruchthalle, Kammgarn, Musikschulen, Bibliotheken und Museen auch die freie Kulturszene. Sie bietet die Räume und Möglichkeiten für alle, mitzumachen und sich ausprobieren, egal wie alt oder jung.

Kaiserslautern gibt von allen größeren Städten im Land am wenigsten Geld für Kultur aus. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Einrichtungen in ihrer Qualität erhalten bleiben: Wir stellen uns klar gegen weitere Budgetkürzungen und werden uns für eine zukünftig noch bessere Ausstattung einsetzen, die mindestens die Inflation ausgleicht. Wir wollen das Symphonische Blasorchester und das Symphonische Orchester des Landkreises erhalten. Die Stadtbibliothek Kaiserslautern ist die älteste aus öffentlichen Mitteln finanzierte Bibliothek in Deutschland. Darauf sind wir sehr stolz, und wir wollen dafür sorgen, dass sie als ein Ort der Begegnung und Bildung Zukunft hat. Wir möchten die Stadtbibliothek durch moderne Innengestaltung und bürgerfreundliche Öffnungszeiten als attraktiven Aufenthaltsraum stärken. Gleichermaßen wollen wir die örtlichen Gemeindebüchereien in den Stadtteilen und im Landkreis unterstützen.

Wir verstehen die freie Kulturszene als eine Basis der Kultur in Stadt und Landkreis. Wo Menschen sich barrierefrei beteiligen können, ihre Ideen ausleben und großartige Projekte auf die Beine stellen, entstehen ein Zusammenhalt und eine Lebensqualität, von der alle Bürger:innen profitieren. Deshalb ist es uns ein Anliegen, gute Voraussetzungen zu schaffen, damit sich diese Szene frei entfalten kann.

Dafür muss die Frage nach gezielter finanzieller Projektförderung und nach passenden Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Proben geklärt werden. Darüber hinaus unterstützen wir das Projekt eines MakerSpace für die kulturschaffenden Vereine für Begegnung und gemeinsames Arbeiten.

Wir wollen für Kinder und Jugendliche, auch außerhalb des sogenannten Bildungsbürgertums, Anreize und Gelegenheit für kulturelle Betätigung schaffen, mit professioneller Anleitung, aber zweckfrei, spielerisch und ohne Bewertung. Das JUZ in der Steinstraße halten wir für einen geeigneten Ort, um das umzusetzen. Große Kultureinrichtungen, allen voran die Kammgarn, sollten sich künftig noch stärker für die lokale freie Kulturszene öffnen. Damit wollen wir die große Lücke schließen, die wir bei kulturellen Angeboten für Jugendliche und junge Erwachsene sehen. Wir machen uns dafür stark, bei der Entwicklung des Pfaffgeländes einen Ort der ‚Kultur im Quartier‘ für alle zu schaffen. Kaiserslautern ist eine internationale Stadt, in der über 100 verschiedene Nationen friedlich zusammenleben. Kultur hat dabei besondere Chancen, integrativ zu wirken.

5. Gesundheit und Soziales

5.1 Gemeinsam für eine gesunde Zukunft

Die ärztliche Versorgung im ambulanten und stationären Sektor aufrechtzuerhalten, sehen wir als große Herausforderung. Durch die Attraktivität von Stadt und Landkreis wollen wir ärztliches und pflegerisches Personal in der Region binden und das gute Versorgungsangebot weiter aufrechterhalten. Mit dem Westpfalz-Klinikum, einem kommunalen Groß-Krankenhaus, haben wir einen Maximalversorger vor Ort mit umfassenden Behandlungskapazitäten und einer 24-Stunden-Notaufnahme.

Darüber hinaus gibt es weitere ausgezeichnete Ärzt:innen und Kliniken. Für Jungmediziner:innen ist diese Exzellenz bei der Arbeitgeberwahl ebenso entscheidend wie die Lebensqualität insgesamt und die Familienfreundlichkeit der Region. Deshalb setzen wir uns entschieden für den Verbleib des Westpfalz-Klinikums in kommunaler Hand ein. Wir begrüßen die Initiative des Vereins „Ärzte für die Westpfalz e.V.“, die regional verwurzelten Kandidat:innen ein deutschsprachiges Medizinstudium an der Universität Pécs in Ungarn ohne Numerus Clausus über ein Stipendium ermöglicht.

Wir GRÜNE unterstützen die Ansiedlung weiterer Ausbildungsstätten für Gesundheitsfachberufe. Die Ausbildung sollte kostenfrei sein, und bereits in der Ausbildungszeit muss eine Vergü-

tung erfolgen. Junge Menschen sind dann frei in ihrer Berufswahl und können in der Region bleiben. Bei den Ausbildungsstätten denken wir die Digitalisierung mit: Gerade im Bildungsbereich muss die Internetqualität auf zukünftige Anforderungen ausgerichtet sein.

Zu einer guten Daseinsvorsorge gehört für uns auch die Erreichbarkeit von Haus- und Kinderarztpraxen. Für alle Bürger:innen sollten diese medizinischen Dienste wohnortnah und gut erreichbar sein. Wir wollen damit ein selbstbestimmtes Leben in jedem Alter und in je der Lebenssituation ermöglichen.

5.2 Inklusive Gesellschaft

Wir GRÜNE setzen uns für eine Gesellschaft ein, in der es normal ist, verschieden zu sein, und zu der alle Zugang haben. Inklusion ist die Anerkennung der Vielfalt unterschiedlicher Lebensumstände. Wir wollen, dass alle Menschen gleiche Freiheitsrechte und Teilhabechancen genießen und selbstbestimmt leben können. Unabhängig von Behinderung, Geschlecht, sexueller Identität, Herkunft, Alter oder Elternhaus: wir bauen die Barrieren ab. Wir wollen daher auch Fragen des Arbeitsmarkts, der Bildungspolitik, der Kulturpolitik, der Gesundheitsversorgung, der Bewusstseinsbildung aus einem inklusiven Blickwinkel betrachten.

Wir legen besonderen Wert darauf, dass das zentrale Anliegen der Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen, das Recht auf Selbstbestimmung und Partizipation für Menschen mit Behinderungen und ein umfassender Schutz vor Diskriminierung und Ausgrenzung eingehalten werden. Weiter soll das Motto – „nichts über uns ohne uns“ – mit Leben gefüllt werden. Menschen mit Behinderungen müssen grundsätzlich an politischen Entscheidungen, die sie betreffen, als Expert:innen in eigener Sache beteiligt sein. In diesem Sinne freuen wir uns darüber, dass sich der städtische Inklusionsbeirat etabliert hat und setzen uns dafür ein, ihn noch besser zu beteiligen.

Die Achtung der Würde, Autonomie, Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderungen, die Nichtdiskriminierung, die volle Teilhabe und Einbeziehung in die Gesellschaft, die Achtung der Unterschiedlichkeit und Akzeptanz der Vielfalt, die Chancengleichheit, die Barrierefreiheit, die Gleichberechtigung von Mann und Frau und die Achtung der Fähigkeiten von Kindern mit Behinderungen und ihres Rechts auf Wahrung ihrer Identität sind nicht verhandelbar.

Es ist uns sehr wichtig, dass der unter breiter Beteiligung erarbeitete Aktionsplan Inklusion für die Stadt Kaiserslautern als zentrales Steuerungsinstrument auf dem Weg in die inklusive Gesellschaft angenommen und dass dessen Umsetzung mit hoher Priorität angegangen wird. Im Abbau von Barrieren sind die Absenkung von Bordsteinen, les- und hörbaren Angaben an Haltestellen in und an den Bussen, Gebäuden die ohne Treppen zu betreten sind, frei zugängliche Behindertentoiletten und einheitliche Beschilderungen in der Stadt, Behördenformulare in leichter Sprache, nur Teilbeispiele. Es braucht mehr Sensibilisierung, Information, Beratung und Service.

Wir möchten die Erarbeitung einer Vergabe von „Inklusives Haus“ und deren Kennzeichnung voranbringen, unter Berücksichtigung unterschiedlicher Beeinträchtigungen, insbesondere in Städti-

schen Einrichtungen, Kultureinrichtungen, Gesundheitseinrichtungen, Gastgewerbe u.a., zur Erleichterung der Nutzer:innen, ohne fremde Hilfe auffindbar, zugänglich und nutzbar und gleichzeitiger Sensibilisierung von Bürgerinnen und Bürger.

5.3 Armut und soziale Gerechtigkeit

Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, Respekt und Toleranz stärken den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft und schaffen die Voraussetzungen für Selbstbestimmung und gleichberechtigte Teilhabe. Moderne kommunale Sozialplanung bedeutet für uns, neben der Weiterentwicklung der Projekte und Maßnahme zur Armutsbekämpfung auf Kommunalebene, auch die Verbesserung von Lebensbedingungen durch die Förderung der Gemeinwesen- und Sozialarbeit vor Ort, im Quartier oder im Dorf. Menschen mit Behinderungen und chronisch Erkrankten, aber insbesondere Kinder und ältere Menschen, Alleinerziehende und Langzeitarbeitslose sind häufig von Armut bedroht oder von ihr betroffen. In vielen Fällen führt dies zu Existenzängsten und sozialer Ausgrenzung, welche häufig zu weiteren Erkrankungen und Behinderungen führen. Wir fördern die Vernetzung von sozialen und zivilgesellschaftlichen Akteuren bei der Entwicklung und Umsetzung lokaler Armutsstrategien. Streetwork und eine gute Anbindung an das jeweilige Stadtteilbüro/Quartier/Dorf, mit Servicestellen/psychosozialem Wegweiser von Unterstützungsangeboten und zur besseren Vernetzung für Bürgerinnen und Bürger, in den Vierteln und der Stadt möchten wir mehr fordern und fördern. Unterstützung bei Antragstellungen der Behörden würde zusätzlich zu formal richtig gestellten Anträge führen und die Bearbeitungszeit in der Verwaltung verkürzen, die Existenzsorgen der Bürgerinnen und Bürger mindern und das Gemeinschaftsgefühl, das soziale Leben in den jeweiligen Stadtteilen/Quartieren/Dörfern stärken.

5.4 Kindertagesstätten, die allen gerecht werden

Kinder verbringen einen wichtigen und großen Teil ihrer Kindheit in Kindertagesstätten. Das ist zu begrüßen, da sie dort soziale Interaktion lernen und erste wichtige Schritte in die Selbstständigkeit gehen. Auch für die Eltern ist der Kitaplatz unabdingbar, da viele Eltern arbeiten wollen oder müssen und ihr Kind gleichzeitig gut aufgehoben wissen wollen. Umso wichtiger ist es, dass genügend Plätze für Kinder der verschiedenen Altersgruppen vorhanden sind. Die fehlenden Stellen zur lückenlosen Umsetzung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz wollen wir schnellstmöglich besetzen. Wir wollen weiterhin die Einrichtung von zusätzlichen Kitaplätzen begleiten. Insgesamt fordern wir eine bedarfsgerechte Versorgung mit Kitaplätzen, um in Zukunft für alle Kinder eine Betreuung gewährleisten zu können. Wir begrüßen die Ausbildungsinitiative in städtischen Kitas, um die Einhaltung der Betreuungszeiten sicherzustellen. Darüber hinaus darf an der Qualität unserer Kitas nicht gerüttelt werden. Hohe Personalschlüssel und ein großzügiges Raumangebot sollten gerade bei Erweiterungen und Neubauten berücksichtigt werden. Familien und Kinder sollen weiterhin durch niederschwellige Arbeit im Sozialraum gestärkt werden. Die Verpflegung in den Kitas ist uns ein besonders großes Anliegen. Hierbei ist insbesondere auf ein ausgewogenes und gesundes Angebot zu achten. Darüber hinaus möchten wir gerne mit den Kitas über Ernährungs- und Bewegungskonzepte in den Einrichtungen ins Gespräch kommen, um auch hier

einen Standard einzuführen, der bei den Kindern einen reflektierten Umgang mit ihrer Gesundheit fördert. Die Waldkindergärten in Morlautern, Erzhütten, Siegelbach und in Enkenbach-Alsenborn sehen wir als gute zusätzliche Wahlmöglichkeiten für Eltern und Kinder, die als Beispiel für andere Kommunen dienen können.

5.5 Wohnen

Wohnen ist ein Menschenrecht. Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage der Gegenwart. Eine Wohnung ist für den Menschen ein stabiler Anker. DIE GRÜNEN treten für eine sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung für alle Bevölkerungsschichten ein. Wohnraum zu schaffen bedeutet auch Beteiligung an der Stadtentwicklung. Neue Wohn- und Lebensformen müssen an die demografische Entwicklung angepasst werden. Kein Mensch soll ohne Obdach und eine dauerhafte würdevolle Unterbringung leben. Dabei ist der Housing-First-Ansatz ein zentraler Baustein. Wir können die Klimaziele nur mit einer konsequenten Bauwende hin zu ressourcenschonendem und nachhaltigem Bauen erreichen. Mit einer guten Baukultur wollen wir unsere Stadt lebenswerter, attraktiver und für alle Menschen sicherer machen.

Bau AG: Bezahlbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wir sehen die Bezahlbarkeit der Mieten für alle Menschen als wichtigsten Punkt der sozialen Ausrichtung der Bau AG an. Besonders in Zeiten, in denen bezahlbarer Wohnraum auch in Kaiserslautern immer knapper wird, ist ein städtisches Wohnungsbauunternehmen, das sozial, ökologisch und wirtschaftlich arbeitet, wichtiger denn je. Die Bau AG sorgt für attraktive Stadtquartiere wie z.B. "NILS – Wohnen im Quartier". Sie bietet neue Kommunikations- und Lebensformen an als Prophylaxe gegen die Vereinsamung der Menschen. Durch den Einstieg in die Sanierung städtischer Wohnungen und in den Neubau von Übergangswohnungen ist sich die Bau AG ihrer sozialen Verantwortung bewusst und ein GARANT für den sozialen Frieden in unserer Stadt. DIE GRÜNEN wirken schon seit 1994 an der erfolgreichen Geschäftspolitik u.a. im Aufsichtsrat der Bau AG mit und werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass:

- die Bau AG ihre sozial ausgewogene Mietenpolitik fortsetzt
- die sozial orientierte Vergabe von Wohnungen beibehalten wird
- weitere NILS-Projekte auf dem ehemaligen Pfaff-Gelände und evtl. auf dem Betzenberg geschaffen werden
- die Instandhaltung kontinuierlich fortgesetzt wird
- die Bau AG eigenständig bleibt und ihre Ziele für die Stadtgesellschaft verwirklichen kann.

6. Finanzen und Haushalt

Wir GRÜNE setzen uns für eine nachhaltige und gerechte Haushalts- und Finanzpolitik ein. Die Schuldenlast der Stadt verringert seit Jahren die politischen Spielräume und verhindert immer wieder wichtige Investitionen. In der vergangenen Legislaturperiode ist es uns gelungen, den Schuldenberg weiter abzubauen und nun vier Jahre in Folge ausgeglichene Haushalte vorzulegen. An dieser Praxis wollen wir weiter festhalten.

Für uns ist klar, dass die Finanzsituation der Stadt nicht alleine durch kommunales Handeln verschuldet wurde. Aufgaben, die von Land und Bund auf die Kommunen übertragen werden, werden in vielen Fällen nicht auskömmlich gegenfinanziert und belasten den städtischen Haushalt enorm. Gerade der Sozialetat, der den größten Haushaltsposten darstellt, lässt kaum Raum für kommunalpolitische Projekte, sondern erfüllt im Wesentlichen nur die Aufgaben, die durch Landes- und Bundesgesetze vorgegeben sind.

Der Schuldenschnitt des Landes Rheinland-Pfalz ist ein wichtiger erster Schritt, dem weitere Schritte folgen müssen. Trotz regelmäßiger Gespräche und politischer Beschlüsse des Stadtrats Kaiserslautern sind die Vorgaben der Aufsichts- und Dienstdirektion weiterhin erdrückend und höhlen die kommunale Selbstverwaltung aus. Eine gerechte und bedarfsorientierte Finanzausstattung der Kommunen durch das Land und der Schuldenschnitt durch den Bund bleiben weiterhin unser Ziel und müssen in Verhandlungen erstritten werden.

Für uns ist es wichtig, Verwaltungsprozesse zu optimieren und Sparpotentiale immer zu prüfen und mitzudenken. Der Stadtrat und die Verwaltung haben die Verantwortung, solide mit dem zur Verfügung stehenden Geld zu wirtschaften. Steuererhöhungen dürfen immer nur das letzte Mittel für eine Haushaltskonsolidierung sein und sind zu vermeiden, um Bürger:innen nicht weiter zu belasten. Klar ist aber auch, dass notwendige Investitionen, gerade in soziale und ökologische Infrastruktur, keinem Spardiktat zum Opfer fallen dürfen. Transformation kostet Geld. Dieses Geld ist aber mehr als sinnvoll eingesetzt, da es die Zukunft unserer Stadt sichert.

7. Wirtschaft in Stadt und Landkreis

7.1 Nachhaltig erfolgreich wirtschaften

Kaiserslautern ist die Stadt der vielen Chancen auch im Bereich des Wirtschaftens. Wir GRÜNE stehen für eine nachhaltige, transparente und gesteuerte Ansiedlungspolitik, die Diversifizierung, Umweltaspekte und soziale Aspekte berücksichtigt. Sehr positiv bewerten wir, dass es in einer Kooperation von Bund, Land und Stadt gelungen ist, die Transformation der Industrie mit der Ansiedlung des Batteriezellenwerks auf Teilen des Opelgeländes im Sinne der Energiewende voranzutreiben – Klimaschutztechnologie 'Made in Kaiserslautern'. Analog zum Bundestrend hat sich der Arbeitsmarkt in den letzten Jahren in Kaiserslautern gut entwickelt, zurzeit fehlen Arbeitskräfte in fast allen Bereichen.

Die lokalen Unternehmen tragen mit der Gewerbesteuer maßgeblich zum Steueraufkommen der Stadt bei. Dies ist uns GRÜNEN sehr bewusst. Die vom Land geforderten Gewerbesteuererhöhungen haben wir daher stets auf das Mindestmaß beschränkt und wollen dies auch so fortführen. In der kommenden Ratsperiode werden wir uns für die Erstellung eines regionalen Wirtschaftsförderungskonzeptes einsetzen. Dabei werden die Interessen des lokalen Einzelhandels ebenso berücksichtigt wie die kleineren Bau- und Handwerksbetriebe und die der zahlreichen Start-Ups und Ausgründungen aus Universität, Hochschule oder den Instituten heraus. Als Teil

des Wirtschaftsförderungskonzeptes sehen wir auch eine echte und nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen.

Als Gegensteuerung zum Fachkräftemangel wollen wir den Standort durch eine Imagekampagne zum Arbeiten, Wohnen und Studieren deutschlandweit bewerben. Natürlich muss damit auch eine reale Verbesserung der Kinderbetreuung, des Freizeit- und Kulturangebotes und auch der Wohnmöglichkeiten einhergehen. Wir wollen dafür sorgen, dass Kaiserslautern die Verkehrssituation in der Stadt verbessert (Nahverkehrsplan, Fahrradverkehr), und weiter dafür kämpfen, dass die Verbindungen des Regional- und Fernverkehrs der Bahn deutlich ausgebaut werden. Bei der Umsetzung dieses Wirtschaftsförderungskonzeptes halten wir eine enge Kooperation von Landkreis und Stadt Kaiserslautern für unabdingbar. Stadt und Kreis sind ein gemeinsamer Wirtschafts- und Lebensraum und sollten diesen auch gemeinsam steuern. Wir GRÜNE unterstützen deshalb die gemeinsame Wirtschaftsförderungsgesellschaft (WFK).

Bei Neuansiedlungen sehen wir es als zwingend an, dass die WFK auf transparente Vergabekriterien nach Diversifizierungs- und Nachhaltigkeitsgrundsätzen verpflichtet wird. Daran haben wir bereits in der aktuellen Ratsperiode gearbeitet. Um für unsere Stadt und Region die bestmögliche Zukunft zu erreichen, gilt es im Sinne einer Partnerschaft auf Augenhöhe einerseits, die großen Arbeitgeber aus Industrie, Wissenschaft, Gesundheit, Versorgung und Verwaltung zu unterstützen und an Entscheidungen partizipieren zu lassen. Es gilt aber auch, ihre Verantwortung für die gesamte Entwicklung zu unterstreichen. Nur so wird uns wirklich nachhaltiges Wirtschaften gelingen! Bei der Bauleitplanung und Stadtentwicklung sollen der Klimaschutz und die Anpassung an die Klimaerhitzung in bestehende Konzepte und Projekte integriert und Bestandteil jeder Planung werden. Ziel ist dabei die dreifache Innenentwicklung gemäß dem Leitbild des Umweltbundesamtes.

7.2 Gewerbeflächen auf Konversionsflächen ausweisen

Vor der Bebauung von naturnahen Flächen sollten alle Mittel ausgeschöpft werden, Gewerbe auf bereits erschlossenen Konversionsflächen anzusiedeln. Zum Beispiel nutzt das Militär die Quartermasterkaserne schon lange nicht mehr. Auch der Güterbahnhof Einsiedlerhof wird nicht mehr angemessen genutzt. Hier liegen 36 ha wertvollster Fläche in Kaiserslautern brach. Da der ehemalige Flughafen Sembach bereits als Konversionsfläche genutzt wird, ist es sinnvoll, diesen gegenüber Naturräumen und landwirtschaftlichen Flächen im Kreis weiterhin zu priorisieren. In der gesamten Westpfalz müssen die Flächen mit dem geringsten negativen Einfluss auf die Lebensgrundlagen genutzt und die Entscheidungen zur Gewerbeentwicklung zentral gebündelt werden.

7.3 Energie und Elektrizität

Wir fordern von der Bau AG, den Weg für Balkonkraftwerke frei zu machen, da die resultierende Gesamtfläche einen Beitrag zur Energiewende leisten kann. Konkret soll die Bau AG alle Vorhaben von Mietern zur Installation genehmigen. Wirken sich die Anlagen negativ auf die Optik aus, soll die Bau AG die Installation eigener Anlagen prüfen, die den Mietern zur Verfügung gestellt

werden. Neue Wohnungen sollen gleich mit einer Anlage ausgestattet werden, bzw. die Installation bei der Planung der Gebäude berücksichtigt werden. Es sollen "Mieterstromkonzepte" für die Gebäude der Bau AG erstellt werden.

Die SWK soll für den Betrieb von Dachanlagen eingebunden werden. Zudem soll die SWK für die Projektierung und Ausstattung aller öffentlichen Gebäude, ob Neubau oder Bestand, verpflichtet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Verbraucher von günstigen Preisen des Spotmarkts profitieren können. Dazu muss die SWK geeignete Zähler anbieten und diese möglichst günstig den Interessenten zur Verfügung stellen. Das Planungsrecht soll so angepasst werden, dass Hürden zur Installation von Agro-Photovoltaik abgebaut werden.

7.4 Wärme

Für die Planungssicherheit der Bürgerinnen und Bürger ist es wichtig, dass die gesetzlich vorgeschriebene kommunale Wärmeplanung in Kaiserslautern zeitnah und zielgenau erfolgt. Die Entwicklung der Wärmeplanung darf nicht allein durch Spezialisten vorgenommen werden, sondern muss auch den Stadtrat einbeziehen. Die Fernwärmenetze müssen gemäß unseren Klimaschutzzielen schnell auf einen hohen Anteil erneuerbarer Energien gebracht werden. Wir sehen großes Potential in der verantwortungsvollen Nutzung von Erdwärme. Wir setzen uns daher für die Nutzung von Geothermie in Kombination mit Wärmepumpen ein, um vor allem Bestandsgebäude mit Fernwärme zu versorgen. Geothermie ist heute grundsätzlich sicher. Allerdings muss der Standort jedes Projektes durch Studien geprüft werden; deren Sicherheit kann grundsätzlich durch den Einsatz modernster Technik gewährleistet werden.

Wir fordern eine kritische Bewertung der Energieversorgung aller Bestandsgebäude der Stadt und die zeitnahe Durchführung sinnvoller Modernisierungsmaßnahmen. Kommunale Genossenschaften sollen bei der Vergabe von Projekten der Energieerzeugung mit Erneuerbaren bevorzugt werden, damit Anwohner verstärkt die Möglichkeit erhalten, von der Energiewende zu profitieren. Wir fordern auch die Öffnung der Dächer öffentlicher Gebäude für private Investitionen zum Ausbau erneuerbarer Energieerzeugung

7.5 Pfaff-Gelände gemäß Rahmenplan entwickeln

Mit dem Projekt EnPfaffStadt ist es gelungen, das Leuchtturmprojekt der deutschen Energiewende nach Kaiserslautern zu holen: Erstmals soll im Bestand eine Siedlung entwickelt werden, bei der alle Energieverbräuche zusammen gedacht werden und die Energie für Mobilität, Wärmebedarf und Stromverbrauch zu 100 % regenerativ erzeugt wird.

Nur als starke grüne Fraktion im Stadtrat werden wir dafür sorgen können, dass die einmalige Chance genutzt wird, auf dem Pfaffgelände in der Innenstadt tatsächlich ein Viertel zu schaffen, das unter sozialen wie ökologischen Aspekten beispielhaft und zukunftsfähig wird. Um die städtebauliche Qualität zu sichern, setzen wir GRÜNE uns auch für eine nachhaltige und Klimawandel gerechte Gestaltung der Freiflächen ein. Für unseren entsprechenden Antrag, diese extern zu vergeben und qualitätsüberwacht in die städtebaulichen Verträge verbindlich zu übernehmen, konnten wir eine Mehrheit gestalten.

8. Verkehrswende – so kann es gehen

Kaiserslautern ist eine Pendlerstadt. Es gibt hier rund 54.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Viele Menschen pendeln täglich zu ihrer Arbeit. Das Pendlersaldo zugunsten derjenigen, die täglich zur Arbeit nach Kaiserslautern kommen, beläuft sich auf rund 16.000 Menschen. Ca. 20.000 Schüler:innen und ca. 20.000 Studierende besuchen täglich die Schulen und Hochschulen in der Stadt. Der Einkaufs- und Freizeitverkehr kommt noch hinzu.

Entsprechend hoch ist das tägliche Verkehrsaufkommen in Kaiserslautern und Umgebung. Die hohe Verkehrsdichte und die damit verbundene hohe Umweltbelastung durch den Autoverkehr zeigen: Wir brauchen eine menschen- und umweltverträgliche Verkehrspolitik, welche die klima- und umweltschädlichen Emissionen in der Stadt senkt, den Lärm reduziert, die Gesundheit schützt und bezahlbar ist. Und auf dem Land brauchen wir Alternativen zum Autoverkehr, die auch eine echte Alternative sind.

Ergänzend zu einem attraktiven Bahn- und Busverkehr befürworten wir Bürgerbus-Projekte und Anrufsammeltaxis. Wir setzen uns weiterhin für eine konsequente Verkehrswende ein. Bei der Neubeschaffung von Stadt- und Regionalbussen werden wir auf elektrische Fahrzeuge setzen. Das sorgt für weniger Lärm und bessere Luft. Klimaanlage und helle Innenräume in den Stadtbussen sind aus unserer Sicht eine Selbstverständlichkeit im Interesse der Fahrgäste.

Wir wollen Knotenpunkte im regionalen Verkehrsnetz zu Mobilitätsstationen weiterentwickeln, an denen sich Rad, Bus, Bahn und das Auto komfortabel miteinander kombinieren lassen. Entsprechend sollen auch Übergabestationen für Leihräder, Leihautos und Leih-Escooter vorgehalten werden. Bürgerbusprojekte und Anruf-Sammeltaxis sind für uns eine Ergänzung zum Linienverkehr. Die Bushaltestellen sollen auch künftig barrierefrei ausgebaut werden. Dafür setzen wir uns für Sie in der Stadt und im Landkreis Kaiserslautern ein:

8.1 Stadtbusverkehr

Aktuell werden nur rund acht Prozent der Wege in Kaiserslautern mit Bussen und Bahnen zurückgelegt. Im Mobilitätskonzept, das der Stadtrat 2018 beschlossen hat, werden 15 Prozent als Zielmarke vorgegeben. Um diese Zielmarke zu erreichen, muss der Bus- und Bahnverkehr in Kaiserslautern deutlich attraktiver werden. Deswegen haben wir in der letzten Legislaturperiode an einem neuen ÖPNV-Konzept gearbeitet. Die Buslinie 109 konnte bereits als Direktverbindung von Otterberg über Erlenbach und Morlautern zum Hauptbahnhof im Sommer 2023 eingeführt werden.

Wir setzen uns für die konsequente weitere Realisierung dieses ÖPNV-Konzepts ein, wenngleich die Haushaltslage der Stadt Kaiserslautern nur eine stückweise Umsetzung möglich machen wird. Die wichtigsten Ziele sind:

1. Direkte und umsteigefreie Verbindungen aus allen Stadtteilen zum Hauptbahnhof.
2. 15-Minuten-Takt für Busse in der Kernstadt, 30-Minuten-Takt für Buslinien in die Stadtteile.

3. Leicht merkbare Verkehrsführung durch weitgehend identische Routen stadteinwärts und stadtauswärts
4. Siegelbach und das IG Nord werden künftig auch durch Stadtbusse angefahren
5. Die Gewerbegebiete auf den Einsiedlerhof sollen mit Bussen besser erschlossen und mit dem dortigen S-Bahnhof verknüpft werden.

Im Jahr 2025 läuft der Betrauungsvertrag mit der SWK Verkehrs AG für den Stadtbusverkehr aus. Die erneute Direktvergabe des Stadtbusverkehrs an die SWK Verkehrs AG ist aus unserer Sicht davon abhängig, inwieweit das ÖPNV-Konzept in diesem Vertrag berücksichtigt wird. Ein „Weiter so!“ wird es mit den GRÜNEN nicht geben.

Für die künftige Fortschreibung des ÖPNV-Konzepts sollte auch eine nördliche Querverbindung vom Kaiserberg (Linie 102), über den Fischerrück und die Merkurstraße zum Bahnhofhaltepunkt Vogelweh/Ikea geprüft werden. Die Bus-Vorrangschaltung zur Beschleunigung des Busverkehrs im Innenstadtbereich ist wiederherzustellen.

8.2 Regionalbusverkehr

Die Ausschreibung des Regionalbuslinien im Norden des Landkreises („Linienbündel Nord“) hat schon umfangreiche Verbesserungen gebracht. Die Buslinie 109 ist hierfür ein gutes Beispiel.

Bei der Ausschreibung des „Linienbündels West und Südwest“ bestehen ebenfalls Chancen für Qualitätssteigerungen.

Zu nennen sind hier die Einführung einer direkten stündlichen Buslinie von Kaiserslautern in Richtung Queidersbach als „Landesbuslinie“, eine veränderte Linienführung der Buslinie 160 durch das Karlstal und Stelzenberg und der Anschluss des IG Nord an den Landkreis durch eine modifizierte Linienführung der Buslinie 141 ab Rodenbach.

Ebenso fordern wir eine Verbindung von Weilerbach über Eulenbis und Pfeiffermühle zum Bahnhof Hirschhorn.

8.3 Ausbau des regionalen Eisenbahnverkehrs

Wir haben uns in der letzten Legislaturperiode sehr für die Realisierung eines neuen Bahnhaltepunktes Kaiserslautern-Friedensstraße (ehemals KL-Nord) mit Umsteigemöglichkeiten zu den Stadtbuslinien 101 und 104 in Richtung Innenstadt, PRE-Park, Monte Mare und Friedhof/Ruheforst eingesetzt. Eine Grundlagenplanung liegt mittlerweile vor und bestätigt die Sinnhaftigkeit dieses Projekts, den von uns favorisierten Standort und die Integrierbarkeit des Haltepunktes in den Rheinland-Pfalz-Takt. Dieser Bahnhaltepunkt ist in die Liste der "Stationsoffensive" des Landes Rheinland-Pfalz aufgenommen worden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass beim Bahnhaltepunkt „KL-Friedensstraße“ in der kommenden Wahlperiode die Finanzierung geklärt wird und dass mit dem Bau begonnen werden kann.

Ähnliches planen wir mit dem Bahnhaltepunkt Vogelweh, der als Umsteigepunkt zwischen Bus- und Bahnverkehr ausgebaut werden soll, indem zum Beispiel die Erreichbarkeit von der Pariser Straße ermöglicht werden soll.

Auf dem Einsiedlerhof wird es durch das neue Buskonzept auch verbesserte Anschlüsse zum dortigen Bahnhof geben. Das Bahnhofsumfeld ist dort jedoch wenig einladend und bedarf dringend einer Neugestaltung.

Das künftige Stadtviertel auf dem alten Pfaff-Gelände muss mit dem ÖPNV gut erreichbar sein. Ein ausgebauter Bahnhaltepunkt Pfaffwerk mit direkter Zugangsmöglichkeit ins alte Pfaffgelände könnte hierfür eine Option sein.

Für eine bessere Anbindung an das Rhein-Main-Gebiet soll der Eisenbahnverkehr über die Zellertalbahn reaktiviert werden. Dies wird von den GRÜNEN unterstützt.

8.4 Kaiserslautern zur Fahrradstadt machen

Nicht nur der Busverkehr muss attraktiver werden. Immer mehr Menschen gehen zu Fuß oder nutzen Rad oder Roller. Eine konsequente Verkehrswende muss auch für diese Gruppen und ebenso für Menschen mit Behinderung Verbesserungen bringen. Es braucht selten neue Straßen, dafür aber mehr Investitionen in deren Pflege und Erhalt und eine gleichberechtigte Teilhabe von Rad- und Fußverkehr an den vorhandenen Verkehrsflächen.

In der letzten Ratsperiode konnten wir viele Ziele des Mobilitätsplans 2030 erreichen. Mit der von uns geforderten Schaffung der Stelle einer hauptamtlichen Radverkehrsbeauftragten geht es nun beim Ausbau des Radverkehrs deutlich schneller voran: Mehr Radabstellanlagen inkl. der ersten sicheren Fahrradboxen, Ausbau vieler Knotenpunkte und Schutzstreifen wurden umgesetzt. In der Rütshofstraße haben wir die erste Fahrradstraße in Kaiserslautern einrichten können, der Lautertalradweg ist insgesamt viel besser ausgebaut worden. In der Trippstadter Straße wurde auf GRÜNEN Antrag hin der obere Bereich bereits fahrradfreundlich umgestaltet, eine weitergehende Maßnahme ist beschlossen. Die Einrichtung der ersten innerstädtischen Fahrradstraße in der Park- und Augustastraße wird zeitgleich mit der Umwelttrasse in der Mannheimer Straße wohl noch 2024 realisiert.

Gemeinsam mit den Bürger:innen haben wir im November 2023 einen ausführlichen Workshop veranstaltet, um zu erarbeiten, wie es mit dem Radverkehr in Kaiserslautern weitergehen soll. Viele gute Ideen warten darauf, in den kommenden Jahren umgesetzt zu werden. Dabei geht es nicht nur um den Ausbau weiterer Fahrradachsen innerhalb der Stadt Kaiserslautern und um bessere Möglichkeiten, Fahrräder sicher abzustellen, vor allem auch an Schulen. Es ist uns auch wichtig, bequeme und sichere Fahrradwege in die Ortsteile und in nahe gelegene Gemeinden des Landkreises zu schaffen, z.B. nach Rodenbach, Otterberg, Stelzenberg, Trippstadt und Schopp.

8.5 Fußgänger

Gerade für Menschen, die nicht so gut zu Fuß sind, wollen wir es einfacher und angenehmer machen, sich in der Stadt aufzuhalten. Wir wollen mehr Sitzgelegenheiten und mehr Trinkwasserspender. Die Bordsteinabsenkung an Kreuzungen muss an vielen Stellen verbessert werden, und es muss auf gemeinsam genutzten Trottoirs deutlicher markiert werden, wo der Rad- und wo der Fußweg ist.

Um die Unfallgefahr und die Barrieren zu reduzieren, welche durch achtlos abgestellte (und umfallende) E-Roller entstehen, setzen wir uns dafür ein, dass zeitnah flächendeckend feste Abstellplätze für Roller in der Stadt geschaffen werden, die das Freefloatingmodell ablösen.

9. Bildung als Grundlage fürs Leben

Kaiserslautern ist das Oberzentrum für Bildung in der Pfalz. Neben zahlreichen Schulen gibt es hier Universität, Hochschule, zwei Volkshochschulen sowie das Bildungsangebot von Handwerkskammer, IHK und zahlreichen Instituten und sonstige Weiterbildungsangebote. Kaiserslautern übernimmt damit in Aus- und Weiterbildung über die Pfalz hinaus besondere Verantwortung.

9.1 Schulstandorte

Für uns GRÜNE gilt deshalb: Alle Schulstandorte im Stadtgebiet und im Landkreis sind zu erhalten und gemäß den aktuellen pädagogischen, infrastrukturellen und energetischen Anforderungen angemessen auszustatten. Schulgebäude sind sauber und funktionsfähig zu halten und regelmäßig zu renovieren. Der Einbau von Entlüftungsanlagen soll fortgesetzt werden. Um die Rückstände in der Bauunterhaltung so schnell wie möglich abzarbeiten, sind die entsprechenden personellen Kapazitäten im Referat Gebäudewirtschaft bereit zu stellen. Wir sprechen uns dafür aus, dass Hausmeister- und Sekretariatsstellen besetzt werden, damit der reibungslose Betrieb der Schulen gewährleistet ist. Besonders die Grundschulen sind uns ein Anliegen, um die Stadtteile und Gemeinden familienfreundlich und zukunftsorientiert zu gestalten.

- Kleinere Schulen wie die Grundschule in Erlenbach sind dauerhaft zu erhalten, da die Schülerzahlen wieder steigen.
 - Für Siegelbach ist die Wiedereinführung der Grundschule anzustreben, um den längeren Schulweg der Siegelbacher Kinder nach Erfenbach zu vermeiden.
 - Die Grundschule Erfenbach stößt schon länger an ihre Kapazitätsgrenzen. Wir setzen uns dafür ein, die Schuleinzugsgrenzen entsprechend zu ändern und von der ADD genehmigen zu lassen.
 - Die Grundschule Dansenberg sollte um mindestens zwei Klassenräume erweitert werden, um auch die Unterbringung der örtlichen Nachmittagsbetreuung in der Grundschule zu ermöglichen. So können potentielle Nutzungskonflikte in den Räumlichkeiten der städtischen Kindertagesstätte „Villa Winzig“ oder die langfristige Anmietung anderer Räumlichkeiten vermieden werden.
 - Für die ehemalige Hauptschule auf dem Bännjerrück ist ein Konzept zur schulischen Nachnutzung dieser Liegenschaft für die Zeit zu erarbeiten, wenn die Schiller-Schule diese Gebäude wieder verlassen hat und in ihr angestammtes Gebäude auf dem Fischerrück zurückgekehrt ist. Es ist zu prüfen, inwieweit diese Schule zum Beispiel an einen anderen Träger für schulische Zwecke verpachtet werden kann. Eine Entwidmung dieser Liegenschaft von schulischen Zwecken lehnen wir ab.
-

Die jährlichen Anmeldezahlen an den integrierten Gesamtschulen in Kaiserslautern sind nach wie vor sehr hoch. Diese hohe Nachfrage ist für uns GRÜNE Anlass genug, diese Schulform in Kaiserslautern durch eine mögliche Einführung einer dritten IGS weiter zu stärken.

Wir plädieren dafür, dass sich die Stadt Kaiserslautern gemeinsam mit anderen rheinland pfälzischen Städten dafür einsetzt, dass die Wohnortgemeinde der Schüler:innen die Kosten für den Schulbus übernimmt. Bestehende Schlüsselzuweisungen sind dabei zu berücksichtigen. Darüber hinaus fordern wir, dass das Land Rheinland-Pfalz die tatsächlichen Verwaltungskosten der Schulbuchausleihe trägt.

Der Ausbau der Schulsozialarbeit in Kaiserslautern ist eine Notwendigkeit und muss trotz enger finanzieller Spielräume auch an Gymnasien sukzessive eingeführt werden, da es auch an dieser Schulform einen Bedarf gibt. Der Aufbau eines inklusiven Schulsystems muss auch weiterhin im Fokus der Politik bleiben. Gerade in ländlichen Gebieten des Landkreises ist es wichtig, dass Kinder mit und ohne Behinderung wohnortnah und mit ihren Freund:innen beschult werden können. Gemeinsam mit allen Akteuren müssen praktikable Lösungen gefunden werden, wie Inklusion auch langfristig in Schulen möglich sein kann, so dass alle Kinder profitieren. Dazu brauchen die Schulen nicht nur eine gute Bildungspolitik des Landes, sondern auch kommunale Schulträger vor Ort, die Inklusion ermöglichen wollen.

Auch setzen wir uns für ein gesünderes Essensangebot an allen Schulformen ein. Im Jahr 2026 tritt der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule in Kraft. Die Verantwortung für die Ausgestaltung liegt bei den Kommunen. Als GRÜNE sorgen wir dafür, dass die Realisierung nach strengen Kriterien erfolgt: Wir befürworten ein qualitativ hochwertiges Angebot für den Nachmittagsbereich, das unter dem Aspekt von 'Bildung für nachhaltige Entwicklung' gestaltet wird.

9.2 Digitalisierung der Schulen

Alle Schulen müssen mit einer zeitgemäßen digitalen Infrastruktur ausgestattet werden. Hierzu gehört auch ein Glasfaseranschluss für alle Schulen. Um die Kompetenz im Umgang mit digitalen Medien zu fördern, müssen Angebote für Lehrende und Schüler, digitale Inhalte und ein schulübergreifendes Netzwerk für den Erfahrungsaustausch geschaffen werden. Verbunden damit brauchen Schulen eine hinreichende Personalausstattung für Support bei Hardware-, Software- und Netzproblemen. Bei der Finanzierung dieser Aufgaben sehen wir auch das Land Rheinland-Pfalz in der Pflicht. Die vielfältigen digitalen Initiativen und Projekte in Kaiserslautern gilt es zusammenzuführen und zu bündeln.

9.3 Integration und Sprache

Längst ist die kontinuierliche Integration junger Menschen in unser Bildungssystem selbstverständlicher Bestandteil des schulischen Alltags. Alle Schüler:innen haben das Recht auf einen zweijährigen Sprachkurs. Auf die Umsetzung dieses Rechtes wollen wir achten. Dazu brauchen wir ausreichend Lehrkräfte. Um die Tätigkeit für Lehrer :innen attraktiv zu machen, wollen wir die Rahmenbedingungen überprüfen. Nach Absolvieren des Sprachkurses sollte eine weiterhin

begleitende Unterstützung angeboten werden, damit neu zugewanderte Schüler :innen in unserem Bildungssystem erfolgreich agieren können. An den Grundschulen ist strukturierter Sprachunterricht bisher nicht vorgesehen. Dabei sind gerade die Grundschulen richtungsweisend für den individuellen Bildungsverlauf. Wir wollen hierbei schnell für Unterstützung sorgen. Auch mit Blick auf den "Fachkräftemangel" wollen wir dafür sorgen, dass Ressourcen junger Menschen bestmöglich gefördert werden.

9.4 Erwachsenenbildung und lebenslanges Lernen

Kaiserslautern bietet neben den Schulen und Hochschulen zahlreiche Bildungsmöglichkeiten. Dazu zählen auch alle kulturellen Einrichtungen und Begegnungsstätten, die Stadtbibliothek und vieles mehr. Wenn es um Bildung für alle geht, sind die städtische Volkshochschule und die Kreisvolkshochschule von großem Wert. Wir setzen uns auch in finanziell schwierigen Zeiten dafür ein, dass Zuschüsse weiterhin gesichert werden. Die bürgerorientierten Leistungen sind für uns GRÜNE ein Beitrag zu Teilhabe und zu einem lebendigen und attraktiven Gemeinwesen.

10. Kaiserslautern: Stadt der Wissenschaft

Seit Jahren wandelt sich Kaiserslautern von einer Industriestadt zu einem bedeutenden Wissenschaftsstandort. Die Universität, die Hochschule, die beiden Fraunhofer Institute, das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz und das Max-Planck-Institut sind die Eckpfeiler dieser Entwicklung. Diese Institutionen strahlen über Deutschland hinaus und fördern den internationalen Charakter von Stadt und Region, der eine unschätzbare Bereicherung darstellt. Die Stadt und das Umfeld profitieren von sehr guten Arbeitsplätzen, auch in vielen erfolgreichen Ausgründungen. Ausgründungen müssen allerdings künftig städtischerseits noch gezielter unterstützt und gefördert werden.

Unser Ziel ist es, die gute Entwicklung der Forschungs- und Studienlandschaft in Kaiserslautern zu unterstützen und gleichzeitig Synergien und Vorteile für Stadt und Wissenschaft zu eröffnen. Wir wollen weiterhin die Vernetzung von RPTU, Hochschule und Instituten mit der Stadtgesellschaft stärken, beispielsweise durch Schaffung von Co-Working-Spaces in der Innenstadt, auf dem Pfaffgelände und auf dem Betzenberg. Wir wollen die Expertinnen und Experten der wissenschaftlichen Einrichtungen viel stärker einladen, sich in Beratungs- und Entscheidungsgremien der Stadt einzubringen oder Lehrforschungsprojekte zu relevanten Themen für die Entwicklung der Stadt durchzuführen. Zudem regen wir auch Kooperationen mit den Kulturträgern und Einrichtungen der Weiterbildung sowie der politischen Bildung an.

Umgekehrt wollen wir das Umfeld für Studierende und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verbessern. Wichtig sind gute Wohnangebote, genügend Kinderbetreuungsangebote, schlanke städtische Verwaltungsabläufe und gute Unterstützung im Bürgercenter sowie mehr attraktive Freizeitangebote für junge Leute. Wir erkennen die Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung von RPTU und Hochschule an und werden uns darum bemühen, dass Univer-

sität und Stadt gemeinsam eine deutliche Stärkung des Umweltverbundes beim täglichen Einpendeln an die Universität erreichen. Dies kann durch die Umsetzung des Zukunftskonzeptes Mobilität und Gestaltung der RPTU geschehen.

Für Neu- und Umbauten müssen in Zukunft hohe ökologischen Standards gelten. Das künftige Wachstum der Hochschulen wollen wir rechtzeitig und gründlich planen. Wir halten es für notwendig, zunächst eine Rahmenplanung zur Weiterentwicklung des Campus der RPTU am Standort Kaiserslautern durchzuführen. Diese soll extern beauftragt werden und vor allem das Wachsen der Universität in Richtung der Stadt nachhaltig und ressourcenschonend planen. So kann die Vernetzung von Stadtgesellschaft und Wissenschaft besser gelingen. Wir wollen uns zur Stärkung dieser Vernetzung für die Gründung eines "Universitäts- und Hochschul-Ausschusses" des Stadtrates einsetzen, der von einem Mitglied des Stadtvorstands geleitet werden sollte, das zukünftig für Universitäts- und Hochschul-Belange seitens der Stadt zuständig sein soll.

11. Digitalisierung

Die Digitalisierung spielt mittlerweile in allen Bereichen und Lebenslagen eine Rolle. Sie durchzieht unseren Alltag und betrifft Menschen jedes Alters. Dabei bietet sie die Möglichkeit unser soziales Leben, unsere Arbeitsumgebungen und unsere Bildungsorte zu bereichern. Durch Digitalisierung können wir vieles verbessern und vereinfachen. Sie stellt uns aber auch vor Herausforderungen, wie beispielsweise Hass und Fake News in den sozialen Medien oder Cybermobbing. Diese erfordern eine gestärkte Medienkompetenz, um einen nachhaltigen und verantwortungsbewussten Umgang mit der Digitalisierung zu ermöglichen.

Die aktuelle rasante Entwicklung von Technologien der Künstlichen Intelligenz kann uns an vielen Stellen behilflich sein und unsere Handlungsmöglichkeiten erweitern. Wir sehen große Chancen für diese Technologie auch im Bereich der Verwaltung, solange sie im Einklang mit dem bestehenden Recht ist. Wir GRÜNE wollen uns gemeinsam mit allen Einwohner:innen für einen Dialog und die gemeinsame aktive Gestaltung der digitalen Transformation einsetzen.

11.1 Digitale Verwaltung

Behördengänge sind für alle Beteiligten mit Aufwand verbunden, selbst einfache Verfahren benötigen einen persönlichen Termin. Deshalb setzen wir uns für digitale Behördengänge als Ergänzung ein. In der Anbindung des Online-Ausweises und der BundID sehen wir dabei die Möglichkeit, Online-Dienste einfach und sicher zu gestalten. Aufgrund des großen Nachholbedarfs setzen wir unseren Fokus auf die konsequente Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG). In der Zentralisierung der Digitalisierungsakteure in der Kommune innerhalb eines Digitalreferats sehen wir die Chance zu einer Trendwende und möchten diese deshalb positiv begleiten. Auch in Kaiserslautern sind die Behörden überlastet, auf einen Termin im Bürgercenter und der Führerscheinstelle muss man oft mehrere Wochen warten.

Wir GRÜNE wollen daher im Rahmen der Digitalisierung Möglichkeiten zur Automatisierung von Prozessen vorantreiben. Unsere Vision ist, dass Behördenvorgänge für alle schneller und einfacher abgeschlossen werden. Grundsätzlich unterstützen wir die Idee der Kampagne „Public Money? Public Code!“ mit dem Ziel, dass öffentlich finanzierte Software als freie Software veröffentlicht wird. Beim Einsatz kommerzieller Software sollen diese unter einer Open-Source-Lizenz veröffentlicht sein oder zumindest offene Schnittstellen zur Datenübertragung bereitstellen.

11.2 IT-Sicherheit und Datenschutz

In allen Prozessen ist für uns GRÜNE die digitale Sicherheit von zentraler Bedeutung. Kreis- und Stadtverwaltungen geraten immer wieder in das Ziel krimineller Gruppierungen. Um solchen Vorfällen vorzubeugen, möchten wir in allen Prozessen die gültigen Sicherheitsstandards des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) einhalten. Außerdem fordern wir verpflichtende Audits für die kommunale IT-Infrastruktur.

Um den Datenschutz zu erhöhen, fordern wir, dass schützenswerte Daten nicht in einer Cloud gespeichert werden, sondern in kommunaler Hand bleiben, z. B. im kommunalen Rechenzentrum.

11.3 Digitale Teilhabe

Für uns GRÜNE ist es von enormer Bedeutung, dass alle Bürger:innen sich am digitalen Geschehen beteiligen können. Alle müssen die Möglichkeit haben, sich die dafür nötigen Kompetenzen anzueignen. Die kommunale Jugendarbeit, die Stadtteilbüros und die Volkshochschulen könnten hierbei einen wichtigen Beitrag leisten. Für eine allgemeine digitale Teilhabe ist es auch notwendig, dass jeder einen verlässlichen Zugriff auf das Internet hat. Wir GRÜNE unterstützen daher Freifunkinitiativen, um öffentliche Orte mit freiem WLAN zu erschließen. Auch der schnelle Ausbau des Glasfasernetzes ist für die Bürger:innen und die Betriebe nicht nur im ländlichen Raum existentiell.

Da die Vermittlung der digitalen Kompetenzen bereits in den Schulen beginnen muss, wollen wir auch hier den sicheren Zugang zum Internet gewährleisten.

11.4 Zusammenarbeit mit anderen Kommunen

Wir sehen großes Potenzial in der interkommunalen Zusammenarbeit im Bereich der Digitalisierung. Die IT bietet wie sonst keine Branche die Chance auf große Synergieeffekte, daher streben wir eine Zentralisierung der Dienste an. Anstatt vieler individueller Lösungen möchten wir gemeinsam mit anderen Kommunen und dem Land wirtschaftlich effizient eine moderne IT-Infrastruktur für alle errichten. Wir setzen uns dafür ein, unsere Mittel mit denen anderer Kommunen zu bündeln und gemeinsam starke technische Lösungen zu entwickeln, wie zum Beispiel über den Zweckverband für Informationstechnologie und Datenverarbeitung der Kommunen in Rheinland-Pfalz (ZIDKOR).

Die Zusammenarbeit mit anderen Kommunen soll sich dabei nicht nur auf die Infrastruktur beschränken. Wir begrüßen überkommunale Informationsangebote wie beispielsweise die Familienkarte des Ministeriums für Familie, Frauen, Kultur und Integration und möchten auch diese stärker unterstützen.

11.5 Open Data

Kommunale Daten gehören den Bürgerinnen und Bürgern, daher setzen wir uns dafür ein, dass auch über die heutige gesetzliche Pflicht hinaus die kommunalen Daten automatisiert und maschinenlesbar veröffentlicht werden. Hierzu zählen beispielsweise Sensordaten, Geodaten oder Kommunalstatistiken. Alle Daten, die nicht explizit schutzwürdig sind, müssen den Bürgerinnen und Bürgern ohne Aufwand zur Verfügung gestellt werden, daher möchten wir in der kommenden Wahlperiode eine Datenstrategie beschließen, die analog zur Bundesverwaltung das "Open by Default"-Prinzip in der Kommune verankert. Kaiserslautern soll eine landesweite Vorreiterrolle einnehmen bei der Etablierung einheitlichen Standards für kommunale Datenplattformen.

